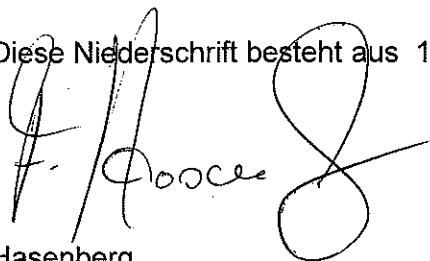


Nach Beendigung des öffentlichen Teils der Sitzung wird diese von 18.45 Uhr bis 18.55 Uhr unterbrochen.

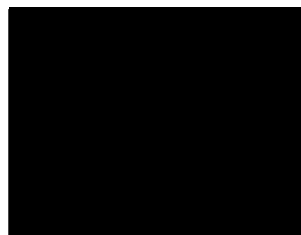
In dieser Zeit werden die Haushaltssatzung 2012 nebst ihren Anlagen und der Entwurf des Haushaltssicherungskonzeptes der Stadt Wetter (Ruhr), Fortschreibung 2012 - 2020, an alle RM verteilt.

Ende der Sitzung: 19.06 Uhr

Diese Niederschrift besteht aus 10 Seiten.



Hasenberg
Bürgermeister



Pfützner
Schriftführer

Die TO wurde zuvor im Wege der Dringlichkeit um diesen TOP erweitert.

BM Herr Hasenberg trägt den zuvor gefassten Beschluss des Schul- und Kulturausschusses vor.

RM Frau Hülshoff gibt für die FDP-Fraktion eine Protokollerklärung ab; diese Erklärung liegt diesem TOP als Anlage bei.

Des weiteren beantragt RM Frau Hülshoff namens der FDP-Fraktion gesondert über die Sätze 1 und 2 der Beschlussempfehlung abzustimmen.

Nach kurzer Diskussion erklärt BM Herr Hasenberg, dass er über jeden Satz der Beschlussempfehlung gesondert abstimmen lasse.

1. Beschluss :

Die Verwaltung wird beauftragt, die Einrichtung einer Sekundarschule für Wetter (Ruhr) vorzubereiten.

<u>Abstimmungsergebnis :</u>	dafür	34	Stimmen
	dagegen	4	Stimmen
		1	Stimmenthaltung

2. Beschluss :

Eine Elternbefragung ist hinsichtlich des Bedarfs der Sekundarschule durchzuführen.

Abstimmungsergebnis : einstimmig

3. Beschluss :

Bei der Elterninformation in den Grundschulen ist der Unterschied zwischen einer integrierten und teilintegrierten Form besonders darzustellen und ein Meinungsbild zum Wunsch der Eltern zu erheben.

Abstimmungsergebnis : einstimmig

FDP-Fraktion

Im Rat der Stadt Wetter (Ruhr)
Fraktionsvorsitzende: Doris Hülshoff
Trienendorfer Str. 95 | 58300 Wetter (Ruhr)
Telefon: 02335 / 72116 | Telefax: 849934
E-Mail: Hhuelshoff@t-online.de

FDP

Die Liberalen

22.9.2011

Protokoll-Erklärung zur Einrichtung einer Sekundarschule in Wetter (Ruhr)

In der heutigen Sonder-Sitzung des SKA und im Rat soll die Verwaltung beauftragt werden, die Einrichtung einer Sekundarschule vorzubereiten und eine Elternbefragung hinsichtlich des Bedarfs der Sekundarschule durchzuführen.

Mit der Befragung der Eltern ist die FDP einverstanden, da für uns – wie seit Beginn der Schuldebatte betont – der Elternwille der entscheidende Faktor in der Entscheidung über eine neue Schulform ist.

Wir können allerdings zum heutigen Zeitpunkt nicht zustimmen, das Verfahren zur Einrichtung einer Sekundarschule anzustoßen, weil viele Dinge noch völlig unklar sind und nach unserer Auffassung damit auch der Elternbefragung vorgegriffen wird.

- 1) Zur Sekundarschule liegt im Moment nur ein Gesetz-Entwurf vor, d.h. der Landtag muss erst noch über den Entwurf diskutieren und entscheiden.
- 2) Ausführungsbestimmungen, Lehrpläne u.ä. müssen erst noch in Düsseldorf bzw. Arnsberg erarbeitet werden.
- 3) Es ist für Wetter noch nicht entschieden, ob eine solche Schule integriert oder teilintegriert arbeiten soll.
- 4) Es erscheint uns unsicher, dass es genügend Lehrer gibt, die für den Unterricht an einer solchen Schule – auch unter Berücksichtigung der vorgesehenen Inklusion – ausreichend geschult sind.
- 5) Die Frage der möglichen Kooperationspartner ist noch nicht geklärt.
- 6) Wesentliche Fragen zu der Um- oder Ausbau-Notwendigkeit der Räumlichkeiten und zu den entstehenden Kosten – auch hier wieder unter Berücksichtigung der Inklusion – sind noch offen.
- 7) Zur Einrichtung einer Sekundarschule muss eine Abstimmung mit den Nachbargemeinden, bzw. dem Kreis stattfinden. Wir riskieren bei Nichtzustimmung ein Moderationsverfahren.
- 8) Es bestehen sehr realistische Zweifel, ob eine ausreichende Schülerzahl zustande kommen wird.
- 9) Für diesen Fall existiert noch kein Plan B (z.B. Zusammenarbeit mit Nachbarstädten)
- 10) Letztlich könnte auch angezweifelt werden, ob eine Sekundarschule die Qualität einer etablierten Realschule erreichen wird.

Diese 10 offenen Punkte und weitere Bedenken lassen es nicht zu, dass die FDP heute für die Einführung einer Sekundarschule stimmen kann. Wir halten eine solche Entscheidung zu diesem Zeitpunkt für übereilt und sehen hierin auch ein Beispiel für Kirchturmdenken, das wir als FDP schon seit Jahren ändern wollen.



Doris Hülshoff
Vorsitzende der FDP-Fraktion

- R - 4 / 3. - 22.09.2011 -
Bericht über die Abwicklung der bisherigen Kennzahlen
Drucksache Nr. 44 / 11

FBL Herr Wagener berichtet über den Sachstand und beantwortet Fragen der RM.

Abschließend nehmen die RM den der Vorlage als Anlage beigefügten Bericht über die Abwicklung der bisherigen Kennzahlen zur Kenntnis.

Eine Beschlussfassung erübrigt sich.

- R - 4 / 4. - 22.09.2011 -

Einbringung des Entwurfes der Haushaltssatzung 2012 mit ihren Anlagen
durch den Bürgermeister
Drucksache Nr. 42 / 11

Gem. § 80 Abs. 2 GO NRW leitet BM Herr Hasenberg dem Rat den Entwurf der Haushaltssatzung 2012 mit ihren Anlagen zu.

In seiner Haushaltsrede, die diesem Protokoll **gesondert** beiliegt, erläutert er die wichtigsten Teile des eingebrachten Entwurfes.

Beschluss :

Es wird beschlossen, den Entwurfes der Haushaltssatzung 2012 mit ihren Anlagen den zuständigen Ausschüssen zur Beratung zu überweisen.

Abstimmungsergebnis :

einstimmig

Hinweis :

Nach Beendigung des öffentlichen Teils der Sitzung werden sowohl die Haushaltssatzung 2012 nebst ihren Anlagen und der Entwurf des Haushaltssicherungskonzeptes der Stadt Wetter (Ruhr), Fortschreibung 2012 – 2020, verteilt.

- R - 4 / 5. - 22.09.2011 -
Berichte aus den Gremien

KEINE

- R - 4 / 6. - 22.09.2011 -

Öffentliche Mitteilungen

BM Herr Hasenberg zeigt noch einmal das bisherige Verfahren zum Thema „Einkaufsmarkt Volmarstein-Dorf (Netto)“ auf. Ziel von Netto sei weiterhin, einen neuen, größeren und optimaleren Standort zu entwickeln. Wie der Presse entnommen werden konnte, haben sich Vermieter und Mieter auf eine Verlängerung des Vertrages für zunächst ein Jahr geeinigt. Die Verwaltung sei über die vertragliche Gestaltung noch nicht informiert worden. Bezüglich der von Netto gewünschten teilweisen Nutzung des Dorfplatzes als Parkplatzfläche seien noch politische Entscheidungen herbeizuführen.

Nach Auskunft der Bezirksregierung Arnsberg sei noch eine 5-jährige Zweckbindung gegeben. Die Verwaltung werde versuchen, die Zweckbindungsfrist zu reduzieren.

Bevor der Fachausschuss in seiner nächsten Sitzung zu entscheiden habe, werde die Verwaltung noch die Bürger/innen anhören.

- R - 4 / 7. - 22.09.2011 -

Öffentliche Anfragen von Ratsmitgliedern

1. RM Frau Holland erklärt, dass sie froh sei, dass „Netto“ am morgigen Tage noch nicht schließe. Sie zeigt auf, wie wichtig es für das Volmarsteiner Dorf sei, die Versorgung mit Lebensmitteln weiterhin zu gewährleisten.
2. RM Frau Haltaufderheide fragt nach, ob es möglich sei, eine längerfristige Perspektive für das Dorf zu entwickeln.
BM Herr Hasenberg erklärt, dass er bezweifle, mit Netto langfristig planen zu können, zumal Netto beabsichtige, „diese kleine Filiale quer zu finanzieren“. Das bedeute, dass der Netto-Markt am Dorfplatz durch ein neues großes Geschäft an einem anderen Standort bezuschusst werden solle. Eine Betreiberpflicht lasse sich rechtlich jedoch nicht durchsetzen.
Die Verwaltung werde weiterhin auch andere Möglichkeiten eruiieren.
3. RM Frau Haltaufderheide dankt der Verwaltung, dass zwischenzeitlich die Fahrradrampe am Geländer des neuen Ruhrüberwurfs angebracht sei.
FBL Herr Sell erklärt, dass er diesen Dank an den Landesbetrieb Straßenbau weitergeben werde.
4. Auf die Frage von RM Frau Hülshoff nach der weiteren Nutzung der Freifläche vor der ehemaligen Polizei (Bereich Hochstraße/Theodor-Heuss-Straße) teilt FBL Herr Sell mit, dass dieses Thema im Zusammenhang mit der Sanierung der Hochstraße auch mit den Bürgern diskutiert werde.
5. FBL Herr Wagener teilt auf die Frage von RM Herrn Uebelgünn nach der Beschlussfassung zur Eröffnungsbilanz mit, dass die Fertigstellung und Prüfung vor den Herbstferien geplant sei. Danach müsse sich der Rechnungsprüfungsausschuss mit der Bilanz befassen. Die Feststellung durch den Rat werde im Dezember erfolgen.
6. BM Herr Hasenberg gestattet dem sachkundigen Bürger, Herrn Rudolf Pruß, eine Wortmeldung.
Herr Pruß betont ausdrücklich, wie wichtig es für die „alten Zentren“ in den Stadtteilen sei, die Versorgung mit Lebensmitteln zu erhalten. Er verweist darauf, dass es Großhandelsunternehmen gebe, die auch kleinere Räumlichkeiten unterhalten. Die Verwaltung möge die Zeit nutzen, um Gewerbetreibende zu finden, die im Bereich des Dorfes in Volmarstein die notwendige Grundversorgung sicherstellen.